



Inhaltsverzeichnis

20.08.2025	Oschersleber Volksstimme: Übungen am Endlager	3
20.08.2025	WELTplus: Der Bericht über den deutschen Atommüll, der vieles verschweigt	4
20.08.2025	Allgäuer Zeitung Kempten: Wie sicher sind Atommüll-Zwischenlager im Falle eines Krieges?	6

Oschersleber Volksstimme

Übungen am Endlager

In Morsleben üben 120 Feuerwehrleute Einsatzszenarien.

MORSLEBEN/VS/CBO. Proben für den Ernstfall: Vom 20. bis 23. August findet auf dem Gelände des Endlagers Morsleben für schwach- und mittelradioaktive Abfälle eine Brandausbildung für Einsatzkräfte der Feuerwehr statt. „Unter realitätsnahen Bedingungen sollen die Fachkräfte auf den Einsatz im Brandfall und auf besondere Gefahren im industriellen Umfeld vorbereitet werden“, teilt Sven Petersen von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) in in einer Presseinformation mit. Dabei kann es bei der Übung zu einer kurzfristigen Rauchentwicklung kommen. Der Rauch stellt für Anwohner keine ge-

sundheitliche Gefährdung dar, so der stellvertretende Pressesprecher.

Die Schulung werde unter strengen Sicherheitsvorkehrungen abgehalten, Mitarbeiter der Brandschutztechnik GmbH Leipzig leiten die Ausbildung fachlich an. An allen vier Ausbildungstagen werden in einer speziellen Containeranlage realitätsnahe Brandszenarien simuliert. Die Teilnehmer trainieren das gezielte Löschen von Bränden sowie den Umgang mit moderner Löschtechnik und die Rettung von Personen.

Darüber hinaus werden während der Schulung der Eigenschutz sowie Atemschutznotfalltraining thematisiert. Weitere aktive Einsatzkräfte von freiwilligen Wehren aus der Region konnten sich seit Mai für die Übungstage anmelden. Wie von der BGE zu erfahren war, werden insgesamt 120 Personen an der vielschichtigen Ausbildungseinheit teilnehmen. Das optimiere die Zusammenarbeit der Feuerwehren und steigere deren Einsatzkompetenzen für den Ernstfall.

Wörter:	192	Jahrgang:	2025
Seite:	17 bis 17	Ausgabe:	Nebenausgabe
Ressort:	Lokal	Auflage:	4.128 (gedruckt) ¹
Rubrik:	Oschersleben		4.250 (verkauft) ¹
Medienkanal:	PRINT		4.562 (verbreitet) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung		0,00935 (in Mio) ²
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	

Urheberinformation: Magdeburger Verlags- und Druckhaus GmbH

¹ von PMG gewichtet 07/2025

² von PMG gewichtet 7/2024

Probleme bei der Endlagersuche

Der Bericht über den deutschen Atommüll, der vieles verschweigt

Die nukleare Entsorgung ist in Deutschland in Schieflage. Weitere Generationen werden mit Zwischenlagern leben müssen, weil sich die Politik mit ihrem Zeitplan grandios verschätzte. Das – und weitere Punkte – müsste eigentlich in einem Bericht an die EU stehen. Doch wichtige Details fehlen.

Auch zwei Jahre nach dem Abschalten des letzten deutschen Kernkraftwerks hat sich die Anti-Atomkraft-Bewegung nicht zur Ruhe gesetzt: Ende Juli wehten wieder die „Atomkraft? Nein Danke!“-Fahnen vor dem Bundesumweltministerium in Berlin. Eine kleine Schar Demonstranten hatte gelbe Fässer mit Atomkraft-Symbolen herbei gerollt und einen roten Teppich darüber geworfen.

Ihre Botschaft: Die Bundesregierung wolle die Entsorgungsprobleme beim Atommüll unter den Teppich kehren. „Nationales Entsorgungsprogramm – Ist das euer Plan für den Atommüll?!“, lautete die Frage auf den Transparenten. Die Vereine „BUND für Naturschutz“, „ausgestrahlt“ und „AG Schacht Konrad“ überreichten dem Staatssekretär im Umweltministerium Jochen Flasbarth eine Protestnote mit 4000 Unterschriften: Der Zeitpunkt der Endlagerung sei fraglich, die oberirdische Zwischenlagerung ziehe sich zu lange hin und sei zu unsicher.

Die Probleme stünden aber nicht im „Nationalen Entsorgungsprogramm“ (NaPro), das die Bundesregierung jetzt bei der EU-Kommission einreichen muss. „Die tatsächlichen Zeitsdränge der Endlagersuche und die sich daraus ergebenden Probleme auch bei der Zwischenlagerung werden nicht benannt“, kritisierten die Protestler.

Die nukleare Entsorgung ist tatsächlich in Schieflage – und im NaPro-Entwurf

steht nichts davon. Zum Beispiel soll laut Standortauswahlgesetz im Jahre 2031 feststehen, wo das E Also müssten zwei weitere Generationen in Deutschland mit oberirdischen Zwischenlagern leben. Dazu findet sich nichts im Bericht der Bundesregierung. Ebenfalls nicht erwähnt sind die massiven Probleme mit dem einzigen im Bau befindlichen Endlager, Schacht Konrad in Salzgitter. Dort soll eigentlich Anfang der 2030er-Jahre die große Masse der gering und mittelstark strahlenden Abfälle untergebracht werden. ndlager für hochradioaktive Abfälle hinkommt. Doch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) glaubt jetzt, dass sich die Standortsuche bis 2068 hinziehen könnte.

Jahrelange Verzögerungen

Nach einer Fehlinterpretation der „Gehobenen wasserrechtlichen Erlaubnis“ durch die Genehmigungsbehörden notiert die Endlagerkommission des Bundes, dass bis auf Weiteres kein Abfallgebinde als „einlagerungsfähig“ deklariert werden kann. Dies führe nun „zu Kapazitätsengpässen in den bestehenden Zwischenlagern, zur Neubearbeitung und Errichtung weiterer Zwischenlager und zur Verzögerung des Rückbaus kerntechnischer Anlagen“. Der „Einlagerungsbetrieb“ könne auch nach Fertigstellung von Schacht Konrad „nicht aufgenommen werden“. Es droht eine jahrelange Verzögerung, doch der NaPro-Entwurf schweigt sich

dazu aus. Auch die gesetzlich vorgeschriebene Rückholung der 126.000 Fässer mit schwachradioaktiven Abfällen aus der Schachanlage Asse II bei Wolfenbüttel dürfte scheitern. Die Behälter waren einst von der „Gesellschaft für Strahlenforschung“ unsachgemäß entsorgt worden. Experten hatten wegen der geringen Strahlung schon vor Jahren dafür plädiert, auf die Rückholung zu verzichten, doch die Politik entschied sich 2013 anders.

Vor wenigen Wochen nun hat die Endlagergesellschaft BGE tief im Berg den Salzwasserstrom gefunden, in dem das Bergwerk „abzusaufen“ droht. Statt Rückholung der Abfälle steht jetzt eine Notverfüllung der Kammern zur Diskussion. Dass es auch hier zu einer späten Korrektur von atomrechtlichen Fehlentscheidungen kommen kann, erfährt der Leser des Nationalen Entsorgungsprogramms allerdings ebenfalls nicht.

Dieser Artikel wurde für das Wirtschaftskompetenzzentrum von WELT und Business Insider erstellt.

Daniel Wetzel ist Wirtschaftsredakteur in Berlin. Er berichtet über Energiewirtschaft und Klimapolitik. Er wurde 2007 vom Verein Deutscher Ingenieure (VDI) mit dem Robert-Mayer-Preis ausgezeichnet und vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln 2009 mit dem Theodor-Wessels-Preis.

Wörter: 543
Autor/-in: Daniel Wetzel
Ressort: Plus
Rubrik: Wirtschaft
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN
Weblink: <https://www.welt.de/wirtschaft/plus68973798204e050eae2347bb/probleme-bei-der-endlagersuche-der-be-richt-ueber-den-deutschen-atommuell-der-vieles-verschweigt.html>
Urheberinformation: (c) Axel Springer SE

Wie sicher sind Atommüll-Zwischenlager im Falle eines Krieges?

Nahe den alten Kernkraftwerken lagern bis heute abgebrannte Brennstäbe. Kritiker bemängeln, dass Pläne fehlen, ob die Castor-Behälter in den Hallen auch einem Angriff standhalten würden.

Von Michael Kerler

Gundremmingen Der 15. April 2023 zog einen Schlussstrich unter die Nutzung der Kernenergie in Deutschland. Die letzten drei deutschen Atomkraftwerke wurden abgeschaltet. Bleiben werden aber die Hinterlassenschaften des Atomzeitalters. Die Suche nach einem Endlager für die hoch radioaktiven Rückstände – die abgebrannten Brennelemente – läuft. Bis ein Standort gefunden ist, werden diese oberirdisch gelagert. Die Zwischenlager befinden sich meist in direkter Nachbarschaft der alten Kraftwerke. Nun fordern Kritiker angesichts der geopolitischen Lage und des Krieges in der Ukraine eine Neubewertung der Sicherheit dieser Zwischenlager. „Es fehlt ein Szenario, was bei einem Krieg mit den Zwischenlagern passieren würde“, sagt Raimund Kamm, Vorstand der Bürgerinitiative „Forum“, die sich gegen das Zwischenlager im bayerischen Gundremmingen einsetzt. „Wenn man hinnimmt, dass die Zwischenlager noch Jahrzehnte existieren werden, muss man sich dieser Frage stellen.“

Im Zwischenlager in Gundremmingen im Kreis Günzburg – einer Halle aus Beton – stehen nach Angaben der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) des Bundes derzeit 148 Castor-Behälter. In Bayern gibt es weitere Zwischenlager im fränkischen Grafenrheinfeld und in Niederbayern am Standort des früheren AKW Isar. In Baden-Württemberg finden sich Zwischenlager in Neckarwestheim und Philippsburg. Die abgebrannten Brennelemente in den Castoren zählen zu den gefährlichsten Stoffen, die die Menschheit produziert hat. „Man könnte damit allen Menschen

der Erde eine tödliche Dosis verabreichen“, sagt Kamm. Da die Brennelemente über Tausende Jahre strahlen, soll ein Endlager geschaffen werden, das mindestens 300 Meter unter der Erde liegt und Sicherheit für eine Million Jahre bietet. Der Prozess allerdings verzögert sich. Hatte man ursprünglich das Ziel, bis 2031 einen Standort zu finden, hofft man bei der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) inzwischen, dies bis 2046 zu schaffen. Mit Genehmigung, Bau und Einlagerung dürfte es bis ins nächste Jahrhundert dauern, bis der hoch radioaktive Atommüll unter der Erde ist. Bis dahin müssen Zwischenlager die Castor-Behälter sicher verwahren. Daran gibt es aber immer wieder Zweifel.

„Schon vor den Anschlägen am 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York haben wir die größte Gefahr für die Zwischenlager in Terroranschlägen gesehen“, sagt Kamm. Jetzt fordert seine Initiative angesichts des Ukraine-Krieges und der Lehren daraus eine Neubewertung der Sicherheit der Anlagen: „Die heutigen Zwischenlager sind nicht terrorresistent, geschweige denn sicher bei kriegerischen Auseinandersetzungen, gerade auch asymmetrischen Angriffen“, schreibt die Initiative in einer Stellungnahme zum nationalen Entsorgungsprogramm, das die Bundesregierung derzeit aktualisiert. „Die Bundesregierung hat erklärt, Deutschland müsse kriegstüchtig werden. Ein Land mit oberirdischen Zwischenlagern, in denen jeweils Tausende Kilogramm Plutonium stecken, von denen schon wenige Mikrogramm eine tödliche Dosis sein können, ist militärisch nicht zu verteidigen“, warnt die Initiative. Das na-

tionale Entsorgungsprogramm hat aus Sicht der Initiative mehrere Schwachpunkte. „Es fehlt ein vertrauenswürdiger Zeitplan, ab und bis wann die oberirdischen Zwischenlager geräumt werden“, kritisiert Kamm. „Wir brauchen eine Beschleunigung der Endlagersuche“, fordert er. Bleiben die Zwischenlager für Jahrzehnte bestehen, müssten sie ertüchtigt oder neu gebaut werden, sagt er. In den süddeutschen Zwischenlagern ist eine Wandstärke von 85 Zentimetern üblich, in den norddeutschen dagegen 1,2 Meter. Zudem fordert die Initiative, die Zahl der Zwischenlager zu überprüfen, bisher gibt es 16 davon. „Fünf Zwischenlager lassen sich sicherlich leichter überwachen als 16“, gibt Kamm zu bedenken. Die Initiative fordert, dass die BGE und das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) als Aufsichtsbehörde unabhängig vom Umweltministerium sein sollen – nach dem Erfolgsmodell der Bundesbank.

Wie kriegstüchtig aber wären die Zwischenlager letztlich wirklich? Die Äußerungen der Behörden deuten darauf hin, dass die Anlagen gegen Terror geschützt sind, im Kriegsfall aber auch auf eine Verteidigung durch die Bundeswehr oder andere Einsatzkräfte angewiesen wären. Dem bayerischen Umweltministerium zufolge verfügt zum Beispiel das Zwischenlager Gundremmingen über den nach Atomgesetz erforderlichen Schutz gegen kriminelle Handlungen oder terroristische Taten. Das Ministerium schränkt aber ein: „Kriegerische Einwirkungen eines Drittstaates gehören nicht zu den Störmaßnahmen, gegen die der Betreiber eines Zwischenlagers für hoch radioaktive Vorkehrungen treffen muss“, sagt ei-

ne Sprecherin. Die Abwehr von kriegerischen Einwirkungen liege im Verantwortungsbereich des Bundes.

Der BGZ als Betreiberin der Zwischenlager erklärt: „Grundsätzlich bieten die baulichen, technischen, personellen und administrativ-organisatorischen Abwehrmaßnahmen an den Zwischenlagern auch einen gewissen Schutz bei kriegerischen Angriffen und Auseinandersetzungen.“ Um gegen Angriffe geschützt zu sein, stimmten die

Zwischenlager-Betreiber und der Staat ihre Abwehrmaßnahmen eng aufeinander ab: „Die Maßnahmen der BGZ müssen Angriffe so lange abwehren, bis staatliche Kräfte am Zwischenlager eintreffen.“ Generell seien die Zwischenlager gegen Naturphänomene wie Erdbeben, Brände oder Blitzeinschläge geschützt, berichtet die BGZ.

Auch die Folgen eines gezielten Flugzeugabsturzes seien am Beispiel eines

großen Verkehrsflugzeugs vom Typ Airbus A380 geprüft worden. „Das Ergebnis: Selbst in einem solch unwahrscheinlichen Ereignis ist der erforderliche Schutz gewährleistet“, teilt die BGZ mit.

„Nach den Terrorangriffen des 11. September etwa wurden am Zwischenlager Gundremmingen zusätzliche Stahlbetonwände errichtet.“

Wörter:	801	Jahrgang:	2025
Seite:	7	Ausgabe:	Hauptausgabe
Rubrik:	Wirtschaft	Auflage:	13.915 (gedruckt) ¹
Medienkanal:	PRINT		16.601 (verkauft) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung		17.295 (verbreitet) ¹
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,05032 (in Mio) ²

¹ IVW 2/2025

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen